

**NIEDERSCHRIFT**  
**der 51. öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 16.01.2019**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste  
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:15 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr

**Bestätigte Tagesordnung**

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Entscheidung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
TOP 5	Beteiligungsbericht der Stadt Weißenfels für das Geschäftsjahr 2017	228/2018
TOP 6	Hebesatzsatzung 2019	214/2018
TOP 7	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019	246/2018
TOP 8	Mitteilungen und Anfragen	

**Nichtöffentlicher Teil**

TOP 1	Mitteilungen und Anfragen
TOP 2	Schließung der Sitzung

**Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Herr Risch, Ausschussvorsitzender, eröffnet die 51. Sitzung des Finanz-ausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 9 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

**2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

**3. Einwohnerfragestunde**

Keine Einwohner anwesend.

#### **4. Entscheidung über die Niederschrift der letzten Sitzung**

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben.  
Über die Niederschrift vom 28.11.2018 wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmung:            dafür: 9            dagegen: 0            Enthaltung: 0

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2018 gilt somit als anerkannt.

#### **5. Beteiligungsbericht der Stadt Weißenfels für das Geschäftsjahr 2017**

Die Mitglieder haben keine Rückfragen zum Beteiligungsbericht und nehmen diesen zur Kenntnis.

#### **6. Hebesatzsatzung 2019**

Nach kurzer Einführung durch Herrn Risch folgt die Abstimmung.

##### **Beschlussempfehlung des Finanzausschuss**

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, die vorliegende Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer für das Haushaltsjahr 2019 zu beschließen.

Abstimmung:            dafür: 8            dagegen: 0            Enthaltung: 1

Der Finanzausschuss stimmt der Beschlussempfehlung mehrheitlich zu.

#### **7. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019**

Herr Spengler informiert die Mitglieder über den vorliegenden Ergebnis- und Finanzplan.

Der Ergebnisplan weist einen Ertrag i.H.v. 70.499 Mio € aus. Dem gegenüber stehen 73.218 Mio € Aufwendung. Somit ergibt sich eine Differenz von 2.718 Mio €. Als Gründe für das ausgewiesene Defizit wird vor allem die Gewerbesteuer und die daraus errechnete Schlüsselzuweisung durch das FAG, die Personalkosten (Übernahme Personal Kita Pinocchio, Verbesserung Betreuungsschlüssel KiföG, Tarifanpassung), die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen Aufwendungen (KiföG – Erstattung freie Träger) sowie die Kreisumlage genannt.

Der Finanzplan weist aktuell ein positives Saldo i.H.v. von 173.800 € aus, dies bedeutet dass die Kosten der laufenden Verwaltung gedeckt sind. Für Investitionstätigkeiten sind für 2019 22.865 Mio € geplant, dem entgegen stehen Zuschüsse i.H.v. 14.869 Mio €.

Die größten Positionen dabei sind das Novalis-Hinterhaus, die Herderschule sowie Kita Uichteritz und Großkorbetha, die Sanierung der Alten Sparkasse, der Klimaparkplatz, die Grüne Achse und weitere.

Daraus ergibt sich ein Finanzierungsbedarf von 7.996 Mio €, diese werden durch 4,8 Mio € Kredite aus STARK III und 3,2 Mio € Bankdarlehen finanziert.

Herr Risch bittet die Mitglieder, offene Fragen vor der Klausurtagung der Verwaltung zukommen zu lassen, damit diese am 26.01.19 geklärt werden können.

Nach Ansicht von Herrn Rauner ist die Vorlage des Haushaltes 2019 zu spät erfolgt. Aufgrund dessen dass dieser erst jetzt beraten werden kann, wurde vorausgesetzt dass die Vorlage vollumfänglich geprüft bzw. kontrolliert wurde. Er bittet um Überarbeitung des Inhaltsverzeichnisses im Vorbericht.

Weiterhin kann er nicht nachvollziehen, warum als Grund die Schlüsselzuweisung des Landes für das Defizit genannt wird, obwohl diese um ca. 4 Mio € gestiegen ist. Daraus schlussfolgernd

sind im Haushaltsplan Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Stadt sollte die Ausgaben nochmals genau überprüfen, denn ein Defizit in der o.g. Höhe im Ergebnisplan trotz Mehreinnahmen kann man nicht rechtfertigen. Es wird außerdem um Auskunft gebeten, warum die Personalkosten um 1,1 Mio € steigen.

Er geht auch auf die geforderte, zur Genehmigung des Haushaltsplanes notwendige Eröffnungsbilanz ein. Dies liegt bis dato nicht vor, obwohl diese verlangt wird.

In diesem Zusammenhang erläutert Herr Risch, dass die Schlüsselzuweisung zu 36 % zur Zahlung der Kreisumlage benötigt wird.

Bezüglich der Personalkosten erläutert der Oberbürgermeister, dass diese auf die Übernahme des Personals Kita Pinocchio und des Kulturhauses sowie auf den verbesserten Betreuungsschlüssel des KiföG (12 weitere Stellen werden benötigt) und den Tarifanpassungen zurückzuführen sind.

Auch hat sich der bürokratische Aufwand im Bereich der Fördermittelmaßnahmen gesteigert. Anstatt von 1 MA sind nun 1,5 MA notwendig um diese ordnungsgemäß abarbeiten zu können. Des Weiteren enthält der Haushaltsplan den Kostenzuschuss an die AöR, welche 2018 gestrichen worden sind.

Herr Spengler ergänzt, dass die Schlüsselzuweisung in den Jahren 2016/2017 ca. 12 – 13 Mio € betragen hatte. Dieses Jahr sind es nur ca. 10 Mio €, d.h. wieder weniger als in den genannten Jahren, deshalb wird dies mit als wesentlicher Grund aufgeführt.

Herr Riemer führt aus, dass das Defizit im Verhältnis zum Gesamtaufwand 3,7 % beträgt. Für ihn ist dies eine kleine und machbare Größe, es würde die Chance bestehen, den Haushalt auszugleichen, wenn der Plan nochmals geprüft wird. Vor allem ist ihm aufgefallen, dass in den letzten Jahren die Ansätze bei den Personalkosten im Ergebnis immer unterschritten worden sind. Auch bei Vorliegen der Eröffnungsbilanz und den daraus resultierenden buchhalterischen Jahresergebnissen könnten weitere Beträge zum Ausgleich genutzt werden.

Deshalb bittet er um Mitteilung, wann mit der Vorlage der Eröffnungsbilanz gerechnet werden kann.

Herr Risch geht in Bezug auf die Personalkosten nochmals auf den Baubereich ein. Auch sind 90 % der Ausgaben der Stadt Fixkosten.

Des Weiteren erläutert er den aktuellen Stand zur Eröffnungsbilanz. Diese wird derzeit von einem externen Büro geprüft.

Herr Kungl vergleicht die Summen in den Kostenstellen Personal, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie im Bereich Museum. Bei allen genannten Positionen stellt er immense Kostensteigerungen fest.

Er bittet um Aufklärung warum in der Position Sach- und Dienstleistungen 1,7 Mio € und beim Stadtmuseum ca. 250 T€ mehr benötigt werden. Zusätzlich bittet er um Mitteilung, wie die 1,1 Mio € Mehrkosten an Personal zustande kommen. Die Erzieher können dabei herausgerechnet werden, aber der Restbetrag sollte untersetzt werden.

Durch Herrn Gotthelf wird weiterhin angefragt, warum in der mittelfristige Investitionsplanung bei den Positionen Schloss (Seite 1), Schlosshang (Seite 2) und beim Baukostenzuschuss an die AöR (Seite 6) keine Kredite eingetragen sind. In der Liste vom November waren diese noch enthalten, er bittet um Klärung.

Zusätzlich bittet er um Auskunft, ob eine neue Haushaltskonsolidierungsliste erarbeitet wurde, indem die Unterhaltung bzw. Instandsetzung in den Ortschaften aufgeführt ist.

Nach Aussage von Herrn Risch liegt derzeit keine neue Liste vor.

Fortführend teilt Herr Risch mit, dass bereits an einer Terminalschiene für 2020 gearbeitet wird, damit der Haushalt 2020 Ende des Jahres vorgelegt werden kann, auch weil bei Fördermittelanträgen die Haushaltsgenehmigung Bestandteil sein muss und eine Nachreichung nicht mehr möglich ist. Sollte diese nicht vorliegen, wird der eingereichte nicht berücksichtigt.

18:15 Uhr – Herr Rauner verlässt die Sitzung

Herr Kungl bittet zusätzlich um Klärung, warum die Personalaufwendungen im Bereich Recht/Vergabe von 100 T€ auf 245 T€ sowie die ordentlichen Aufwendungen sich von 224 T€ auf 413 T€ erhöhen.

Herr Hanke bittet um Klärung, ob die Vorlage Eröffnungsbilanz für die Genehmigung erforderlich ist.

Dahingehend erläutert Herr Risch, dass hier unterschieden werden muss in die Vorlage der Bilanz, welche die Stadt hat und in die Prüfprozesse, die derzeit durchgeführt werden. Hierzu ist eine Prüfung durch das eigene Rechnungsprüfungsamt (RPA) und den Landesrechnungshof erforderlich. Aktuell wird durch das RPA und einem externen Büro die Bilanz geprüft, danach erfolgt die weitere Prüfung durch den Landesrechnungshof.

Eine Abstimmung wird heute nicht durchgeführt, da die Beratung dazu dienen sollte, erste Fragen zu stellen und ggf. zu klären.

## **8. Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes ist genehmigt
- Information über den Stand zur Zahlung von Mitteln aus dem Ausgleichsstock

Anfragen

Herr Riemer bezieht sich auf die Rüge vom Oberbürgermeister zum Beschluss des Kreishaushaltes des Burgenlandkreises. Er bittet um ausführliche Information, wie mit Kreisräten und Ortsbürgermeistern, welche gleichzeitig Stadträte sind, umgegangen wird. Er selbst hat nun an der Beratung des Haushaltes der Stadt teilgenommen, obwohl lt. Mitwirkungsverbot der betroffene an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen darf.

Dies wird im Hauptausschuss nochmals ausführlich besprochen, nach Aussage von Herrn Risch.

Robby Risch  
Oberbürgermeister

Sophie Münx  
Protokollführerin